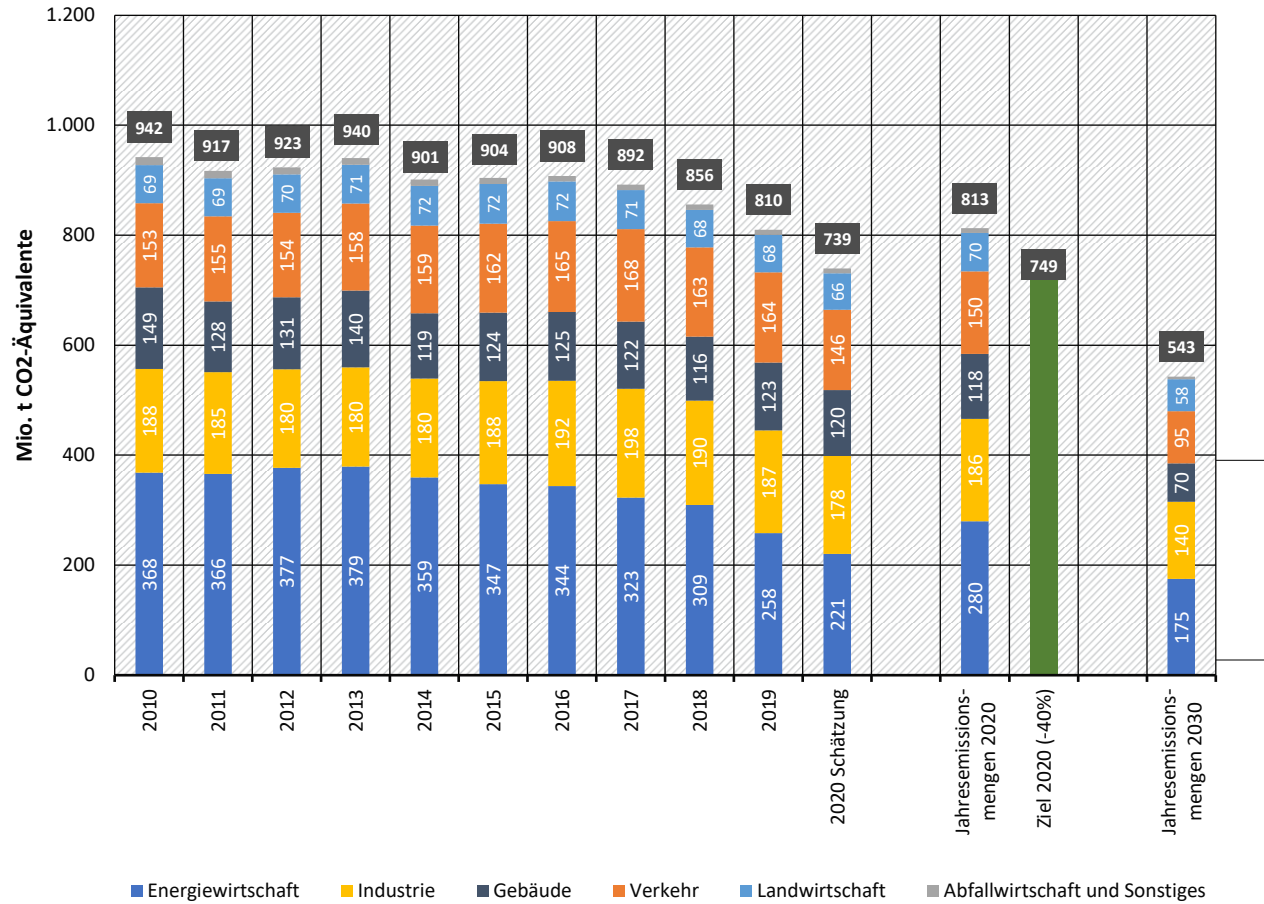


Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland

in der Abgrenzung der Sektoren des Klimaschutzgesetzes (KSG)



Klimaschutzgesetze:

Ausgangspunkt für die Reduktion der Klima-wirksamen Emissionen ist 1990 (100%)

Gesetz in 2019

45% Emissionen in 2030 bezogen auf 100% in 1990

Klimaneutralität (d.h. 0% Emissionen der Klimagase) in 2050

Gesetz in 2021 geplant

35% Emissionen in 2030 bezogen auf 100% in 1990

Klimaneutralität (d.h. 0% Emissionen der Klimagase) in 2045

* Die Aufteilung der Emissionen weicht von der UN-Berichterstattung ab, die Gesamtemissionen sind identisch

Quelle: Umweltbundesamt 06.05.2021

Klimaschutzgesetze:

Ausgangspunkt für die Reduktion der Klima-wirksamen Emissionen ist 1990 (100%)

Gesetz in 2019

Klimaneutralität (d.h. 0% Emissionen der Klimagase) in **2050**

45% Emissionen in 2030 bezogen auf 100% in 1990

Gesetz in 2021 geplant

Klimaneutralität (d.h. 0% Emissionen der Klimagase) in **2045**

35% Emissionen in 2030 bezogen auf 100% in 1990

Grund für das geplante Gesetz in 2021 ist der Beschluss (kein Urteil, weil "nur" schriftlich) des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. 3. 2021. In ihm wurde bemängelt, dass der Schritt von 2030 bis 2050 zu groß ist und künftige Generationen damit über Gebühr belastet sind.

Bis Ende 2022 muss das Gesetz von 2019 überarbeitet werden.

Die Regierung aus CDU, CSU und SPD wollen mit dem geplanten Gesetz den Klimaschutz aus dem Wahlkampf heraushalten. Die Opposition kritisiert, dass zwar die Ziele verbessert wurden, die Mittel dazu aber unklar sind.

Weitere Punkte, die den Fernstraßenbau kostenmäßig beeinträchtigen

Übernahme des Betriebs des gesamten Autobahnnetzes durch den Bund:

1. 1. 2021: Die neugegründete Autobahn GmbH übernimmt das gesamte 13 000 km lange Bundesfernstraßennetz bezüglich Planung, Bau, Betrieb und Erhalt. Die Kosten für 2021 sind um ca. 400 Mio € gegenüber Dezember 2020 gestiegen! Sie werden vom Bund übernommen, der Betrag muss aber am Aus-, Umbau und der Sanierung des Fernstraßennetzes eingespart werden! Befürchtet wird, dass diese Mehrkosten jährlich anfallen werden und die Investitionen durch den „BVWP 2030“ vermindern.